

## **769 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP**

Nachdruck vom 2. 7. 1997

# **Regierungsvorlage**

## **Österreichisch-mazedonisches Abkommen über soziale Sicherheit**

Von dem Wunsche geleitet, die gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit zu regeln,

sind beide Seiten übereingekommen, folgendes Abkommen zu schließen:

### **Abschnitt I**

#### **Allgemeine Bestimmungen**

##### **Artikel 1**

##### **Begriffsbestimmungen**

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. "Rechtsvorschriften"  
die Gesetze, Verordnungen, Satzungen und sonstige allgemein rechtsetzende Akte, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige der sozialen Sicherheit beziehen;
2. "zuständige Behörde"  
die Minister oder Bundesminister, die mit der Anwendung der in Artikel 2 Absatz 1 angeführten Rechtsvorschriften betraut sind;
3. "Träger"  
die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften oder eines Teiles davon obliegt;
4. "zuständiger Träger"  
den Träger, bei dem eine Person im Zeitpunkt des Antrages auf Leistung versichert ist oder gegen den sie einen Anspruch auf Leistungen hat oder noch hätte, wenn sie sich im Gebiet des Vertragsstaates, in dem sie zuletzt versichert war, aufhalten würde;
5. "Wohnort"  
den Ort des gewöhnlichen Aufenthaltes;
6. "Aufenthalt"  
den vorübergehenden Aufenthalt;
7. "Familienangehöriger"  
einen Familienangehörigen nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dem der Träger, zu dessen Lasten die Leistungen zu gewähren sind, seinen Sitz hat;
8. "Versicherungszeiten"  
Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten, die nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten als solche gelten;
9. "Geldleistung", "Rente" oder "Pension"  
eine Geldleistung, Rente oder Pension einschließlich aller ihrer Teile aus öffentlichen Mitteln, aller Zuschläge, Anpassungsbeträge und Zulagen sowie Kapitalabfindungen und Zahlungen, die als Beitragerstattungen geleistet werden.

(2) In diesem Abkommen haben andere Ausdrücke die Bedeutung, die ihnen nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten zukommt.

## **Artikel 2**

### **Sachlicher Geltungsbereich**

(1) Dieses Abkommen bezieht sich

1. auf die österreichischen Rechtsvorschriften über

- a) die Krankenversicherung,
- b) die Unfallversicherung,
- c) die Pensionsversicherung mit Ausnahme der Sonderversicherung für das Notariat,
- d) das Arbeitslosengeld;

2. auf die mazedonischen Rechtsvorschriften über

- a) die Krankenversicherung und den Krankenschutz einschließlich der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten,
- b) die Pensions- und Invalidenversicherung einschließlich der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten,
- c) die Arbeitslosenversicherung.

(2) Soweit Absatz 3 nichts anderes bestimmt, bezieht sich dieses Abkommen auch auf alle Rechtsvorschriften, welche die in Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften zusammenfassen, ändern oder ergänzen.

(3) Dieses Abkommen bezieht sich nicht auf Rechtsvorschriften über einen neuen Zweig der sozialen Sicherheit und nicht auf Systeme für Opfer des Krieges und seiner Folgen.

## **Artikel 3**

### **Persönlicher Geltungsbereich**

Dieses Abkommen gilt

- a) für Personen, für die die Rechtsvorschriften eines oder beider Vertragsstaaten gelten oder galten;
- b) für andere Personen, soweit diese ihre Rechte von den in Buchstaben a bezeichneten Personen ableiten.

## **Artikel 4**

### **Gleichbehandlung**

(1) Bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates stehen, soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, dessen Staatsangehörigen die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates gleich.

(2) Absatz 1 berührt nicht

- a) die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten betreffend die Mitwirkung der Versicherten und der Dienstgeber in den Organen der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung im Bereich der sozialen Sicherheit;
- b) Versicherungsregelungen in zwischenstaatlichen Verträgen der Vertragsstaaten mit anderen Staaten;
- c) die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten betreffend die Versicherung der bei einer amtlichen Vertretung eines der beiden Vertragsstaaten in Drittstaaten oder bei Mitgliedern einer solchen Vertretung beschäftigten Personen.

(3) Absatz 1 gilt hinsichtlich der österreichischen Rechtsvorschriften über die Berücksichtigung von Kriegsdienstzeiten oder diesen gleichgestellten Zeiten nur für mazedonische Staatsangehörige, die unmittelbar vor dem 13. März 1938 die österreichische Staatsangehörigkeit besaßen.

## **Artikel 5**

### **Leistungstransfer**

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, dürfen Pensionen, Renten und andere Geldleistungen mit Ausnahme der Leistungen bei Arbeitslosigkeit, auf die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Anspruch besteht, nicht deshalb gekürzt, geändert, zum Ruhen gebracht, entzogen oder beschlagnahmt werden, weil der Berechtigte im Gebiet des anderen Vertragsstaates wohnt.

(2) Absatz 1 bezieht sich nicht

## 769 der Beilagen

3

- a) auf die Ausgleichszulage nach den österreichischen Rechtsvorschriften;
- b) auf den Mindestpensionsbetrag nach den mazedonischen Rechtsvorschriften.

**Abschnitt II****Bestimmungen über die anzuwendenden Rechtsvorschriften****Artikel 6****Allgemeine Regelung**

(1) Die Versicherungspflicht einer erwerbstätigen Person richtet sich, soweit die Artikel 7 und 8 nichts anderes bestimmen, nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet die Erwerbstätigkeit ausgeübt wird. Dies gilt bei Ausübung einer unselbständigen Erwerbstätigkeit auch dann, wenn sich der Wohnort des Dienstnehmers oder der Sitz des Dienstgebers im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindet.

(2) Für Beamte und ihnen gleichgestellte Personen gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, bei dessen Verwaltung sie beschäftigt sind.

**Artikel 7****Besondere Regelungen**

(1) Wird ein Dienstnehmer von einem Unternehmen mit Sitz im Gebiet eines der Vertragsstaaten in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so sind bis zum Ende des 24. Kalendermonats nach dieser Entsendung die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates weiter anzuwenden, als wäre er noch in dessen Gebiet beschäftigt.

(2) Wird ein Dienstnehmer eines Luftfahrtunternehmens mit Sitz im Gebiet eines Vertragsstaates aus dessen Gebiet in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so sind die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates weiter anzuwenden, als wäre er noch in dessen Gebiet beschäftigt.

(3) Die Besatzung eines Seeschiffes sowie andere nicht nur vorübergehend auf einem Seeschiff beschäftigte Personen unterliegen den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, dessen Flagge das Schiff führt.

**Artikel 8****Diplomatisches und konsularisches Personal**

(1) Für Mitglieder der diplomatischen Vertretungen oder konsularischen Dienststellen und für private Hausangestellte im Dienst von Mitgliedern dieser Vertretungen oder Dienststellen, die in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet werden, gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, aus dem sie entsendet werden.

(2) Für die in Absatz 1 bezeichneten Dienstnehmer, die nicht entsendet sind, gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet sie beschäftigt sind. Soweit sie Staatsangehörige des anderen Vertragsstaates sind, können sie jedoch binnen drei Monaten nach Beginn der Beschäftigung die Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates wählen.

**Artikel 9****Ausnahmen**

(1) Auf gemeinsamen Antrag des Dienstnehmers und seines Dienstgebers können die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten einvernehmlich Ausnahmen von den Artikeln 6 bis 8 vereinbaren, wobei auf die Art und die Umstände der Beschäftigung Bedacht zu nehmen ist.

(2) Gelten für einen Dienstnehmer nach Absatz 1 die Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates, obwohl er die Beschäftigung im Gebiet des anderen Vertragsstaates ausübt, so sind die Rechtsvorschriften so anzuwenden, als ob er diese Beschäftigung im Gebiet des ersten Vertragsstaates ausüben würde.

4

769 der Beilagen

**Abschnitt III****Besondere Bestimmungen****Kapitel 1****Krankheit und Mutterschaft****Artikel 10****Zusammenrechnung der Versicherungszeiten**

Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben, so sind diese, soweit erforderlich, für den Erwerb eines Leistungsanspruches und die Dauer der Leistungsgewährung zusammenzurechnen, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

**Artikel 11****Sachleistungen**

(1) Eine Person, welche die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates für den Leistungsanspruch erforderlichen Voraussetzungen erfüllt und

- a) die im Gebiet des anderen Vertragsstaates wohnt oder
- b) deren Zustand während eines Aufenthaltes im Gebiet des anderen Vertragsstaates unverzüglich Leistungen erfordert und sich die Person nicht zum Zwecke der Inanspruchnahme einer ärztlichen Betreuung in den anderen Vertragsstaat begeben hat, oder
- c) die vom zuständigen Träger die Genehmigung erhalten hat oder erhält, sich in das Gebiet des anderen Vertragsstaates zu begeben, um dort eine ihrem Zustand angemessene Behandlung zu erhalten,

hat Anspruch auf Sachleistungen zu Lasten des zuständigen Trägers vom Träger des Wohn- oder Aufenthaltsortes nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften, als ob sie bei diesem versichert wäre.

(2) Im Falle des Absatzes 1 hängt die Gewährung von Körperersatzstücken, größeren Hilfsmitteln und anderen Sachleistungen von erheblicher Bedeutung davon ab, daß der zuständige Träger hiezu seine Zustimmung gibt. Die Zustimmung ist nicht erforderlich, wenn die Gewährung der Leistung nicht aufgeschoben werden kann, ohne das Leben oder die Gesundheit der betreffenden Person ernsthaft zu gefährden oder wenn nach Artikel 15 Absatz 2 eine Kostenerstattung durch Pauschalzahlungen erfolgt.

(3) Die vorhergehenden Absätze sind auf Familienangehörige entsprechend anzuwenden.

(4) Absatz 1 Buchstaben b und c gelten in Österreich in bezug auf die Behandlung durch freiberuflich tätige Ärzte, Zahnärzte und Dentisten nur hinsichtlich folgender Personen:

- a) Personen, die sich in Ausübung ihrer Beschäftigung in Österreich aufhalten, sowie die sie begleitenden Familienangehörigen;
- b) Personen, die ihre in Österreich wohnende Familie besuchen;
- c) Personen, die sich aus anderen Gründen in Österreich aufhalten, wenn ihnen eine ambulante Behandlung für Rechnung der für ihren Aufenthaltsort in Betracht kommenden Gebietskrankenkasse gewährt wurde.

**Artikel 12****Geldleistungen**

(1) In den Fällen des Artikels 11 sind die Geldleistungen vom zuständigen Träger nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu gewähren.

(2) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates die Höhe der Geldleistungen von der Zahl der Familienangehörigen ab, so berücksichtigt der zuständige Träger auch die Familienangehörigen, die im Gebiet des anderen Vertragsstaates wohnen.

**Artikel 13****Pensionsbezieher**

(1) Für eine Person, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zum Bezug einer Pension berechtigt ist, gelten ausschließlich die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet sie wohnt.

(2) Für eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates zum Bezug einer Pension berechtigt ist und im Gebiet des anderen Vertragsstaates wohnt, gelten die Rechtsvorschriften

## 769 der Beilagen

5

dieses Vertragsstaates, als ob sie zum Bezug einer Pension nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates berechtigt wäre.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für Pensionswerber.

**Artikel 14****Träger des Aufenthalts- oder Wohnortes**

In den Fällen des Artikels 11 und des Artikels 13 Absatz 2 werden die Leistungen gewährt

auf österreichischer Seite  
von der für den Aufenthalts- oder Wohnort der betreffenden Person in Betracht kommenden  
Gebietskrankenkasse,

auf mazedonischer Seite  
vom Fonds für Krankenversicherung.

**Artikel 15****Kostenerstattung**

(1) Der zuständige Träger erstattet dem Träger, der die Leistungen gewährt hat, die nach Artikel 11 und Artikel 13 Absatz 2 aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(2) Die zuständigen Behörden können zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung vereinbaren, daß für alle Fälle oder für bestimmte Gruppen von Fällen anstelle von Einzelabrechnungen der Aufwendungen Pauschalzahlungen treten.

(3) In den Fällen des Artikels 13 Absatz 2 ist der Ersatz der Aufwendungen für Anspruchsberechtigte aus der österreichischen Pensionsversicherung aus den beim Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger einlangenden Beiträgen zur Krankenversicherung der Pensionisten zu leisten.

**Kapitel 2****Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten****Artikel 16****Sachleistungen**

(1) Eine Person, die wegen eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit Anspruch auf Sachleistungen nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates hat und sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhält oder dort wohnt, hat Anspruch auf Sachleistungen zu Lasten des zuständigen Trägers vom Träger ihres Aufenthalts- oder Wohnortes nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften, als ob sie bei diesem versichert wäre. Artikel 11 Absatz 2 gilt entsprechend.

(2) In den Fällen des Absatzes 1 werden die Sachleistungen gewährt

auf österreichischer Seite  
von der für den Aufenthalts- oder Wohnort der betreffenden Person in Betracht kommenden  
Gebietskrankenkasse,

auf mazedonischer Seite  
vom Fonds für Krankenversicherung.

(3) Anstelle des in Absatz 2 genannten österreichischen Trägers kann ein Träger der Unfallversicherung die Leistung erbringen.

(4) Für die Erstattung der nach Absatz 1 entstandenen Kosten gilt Artikel 15 entsprechend.

**Artikel 17****Berufskrankheiten**

(1) Hängt die Gewährung der Leistungen für eine Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates davon ab, daß die Krankheit zum ersten Mal im Gebiet dieses Vertragsstaates ärztlich festgestellt worden ist, so gilt diese Bedingung als erfüllt, wenn die betreffende Krankheit zum ersten Mal im Gebiet des anderen Vertragsstaates festgestellt worden ist.

(2) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor, daß Leistungen für eine Berufskrankheit nur gewährt werden, wenn die Tätigkeit, welche die Krankheit verursachen kann, während einer Mindestdauer ausgeübt wurde, so berücksichtigt der zuständige Träger dieses

Vertragsstaates, soweit erforderlich, die Zeiten der Ausübung einer solchen Tätigkeit, während derer die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates galten.

### **Artikel 18**

#### **Entschädigung von Berufskrankheiten**

(1) Wäre eine Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu entschädigen, so sind Leistungen nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates zu gewähren, in dessen Gebiet zuletzt eine Beschäftigung ausgeübt wurde, die geeignet ist, eine solche Berufskrankheit zu verursachen, sofern die betreffende Person die nach diesen Rechtsvorschriften vorgesehenen Voraussetzungen erfüllt.

(2) Bezog oder bezieht eine Person, die sich eine Berufskrankheit zugezogen hat, Leistungen zu Lasten eines Trägers eines Vertragsstaates und beansprucht sie, nachdem sie auch eine Tätigkeit nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates ausgeübt hat, welche eine Berufskrankheit verursachen kann, wegen Verschlimmerung Leistungen von einem Träger des anderen Vertragsstaates, so trägt der Träger des ersten Vertragsstaates weiterhin die Kosten der Leistungen ohne Berücksichtigung der Verschlimmerung nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften. Der zuständige Träger des zweiten Vertragsstaates gewährt eine Leistung in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der nach der Verschlimmerung geschuldeten Leistung und der Leistung, die vor der Verschlimmerung nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften geschuldet worden wäre, wenn die Krankheit nach diesen Rechtsvorschriften eingetreten wäre.

### **Kapitel 3**

#### **Alter, Invalidität und Tod (Pensionen)**

### **Artikel 19**

#### **Zusammenrechnung der Versicherungszeiten**

(1) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates der Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches von der Zurücklegung von Versicherungszeiten ab, so hat der zuständige Träger dieses Vertragsstaates, soweit erforderlich, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegten Versicherungszeiten zu berücksichtigen, als wären es nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

(2) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates die Gewährung bestimmter Leistungen von der Zurücklegung der Versicherungszeiten in einem Beruf, für den ein Sondersystem besteht, oder in einem bestimmten Beruf oder in einer bestimmten Beschäftigung ab, so sind für die Gewährung dieser Leistungen die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegten Versicherungszeiten nur zu berücksichtigen, wenn sie in einem entsprechenden System oder, wenn ein solches nicht besteht, im gleichen Beruf oder in der gleichen Beschäftigung zurückgelegt worden sind.

(3) Verlängern nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Zeiten der Pensionsgewährung den Zeitraum, in dem die Versicherungszeiten zurückgelegt sein müssen, so verlängert sich dieser Zeitraum auch durch entsprechende Zeiten der Pensionsgewährung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates.

(4) Soweit nach den mazedonischen Rechtsvorschriften das Vorliegen bestimmter Tatbestände Voraussetzung für den Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches ist, kommt die gleiche Wirkung auch gleichartigen Tatbeständen in Österreich zu.

### **Artikel 20**

#### **Versicherungszeiten unter einem Jahr**

(1) Erreichen die Versicherungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates zu berücksichtigen sind, insgesamt nicht zwölf Monate für die Berechnung der Leistung, so wird nach diesen Rechtsvorschriften keine Leistung gewährt. Dies gilt nicht, wenn nach diesen Rechtsvorschriften ein Leistungsanspruch allein auf Grund dieser Versicherungszeiten besteht.

(2) Die in Absatz 1 erster Satz genannten Versicherungszeiten sind von dem Träger des anderen Vertragsstaates für den Erwerb, die Aufrechterhaltung und das Wiederaufleben eines Leistungs-

## 769 der Beilagen

7

anspruches sowie dessen Ausmaß so zu berücksichtigen, als wären es nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten.

**Artikel 21****Feststellung der Leistungen**

(1) Besteht nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates auch ohne Anwendung des Artikels 19 ein Leistungsanspruch, so hat der zuständige Träger dieses Vertragsstaates die Leistung ausschließlich auf Grund der nach diesen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten festzustellen.

(2) Besteht nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates nur unter Anwendung des Artikels 19 ein Leistungsanspruch, so hat der zuständige Träger dieses Vertragsstaates die Leistung nach Artikel 22 oder Artikel 23 festzustellen.

**Artikel 22****Berechnung von österreichischen Teileleistungen**

Im Falle des Artikels 21 Absatz 2 hat der zuständige österreichische Träger die Leistung ausschließlich auf Grund der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und unter Berücksichtigung der folgenden Bestimmungen festzustellen:

1. Leistungen oder Leistungsteile, deren Betrag nicht von der Dauer der zurückgelegten Versicherungszeiten abhängig ist, gebühren im Verhältnis der nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zu 30 Jahren, höchstens jedoch bis zur Höhe des vollen Betrages.
2. Sind bei der Berechnung von Leistungen bei Invalidität oder an Hinterbliebene nach dem Eintritt des Versicherungsfalles liegende Zeiten zu berücksichtigen, so sind diese Zeiten nur im Verhältnis der nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zu zwei Dritteln der vollen Kalendermonate von der Vollendung des 16. Lebensjahres der betreffenden Person bis zum Eintritt des Versicherungsfalles zu berücksichtigen, höchstens jedoch bis zum vollen Ausmaß.
3. Ziffer 1 gilt nicht
  - a) hinsichtlich von Leistungen aus einer Höherversicherung;
  - b) hinsichtlich von einkommensabhängigen Leistungen oder Leistungsteilen zur Sicherstellung eines Mindesteinkommens.

**Artikel 23****Berechnung von mazedonischen Teileleistungen**

(1) Im Falle des Artikels 21 Absatz 2 hat der zuständige mazedonische Träger die Leistung auf die Weise festzustellen, daß er zunächst den Leistungsbetrag berechnet, der zustehen würde, wenn die gesamten für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten nach den mazedonischen Rechtsvorschriften zurückgelegt wären und sodann auf Grund des so berechneten Betrages den Leistungsbetrag im Verhältnis zwischen den ausschließlich nach den mazedonischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und den gesamten für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten feststellt.

(2) Übersteigt bei Anwendung des Absatzes 1 die Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten die nach den mazedonischen Rechtsvorschriften für die Berechnung des Leistungsbetrages vorgesehene Höchstdauer, so ist der entsprechende Leistungsbetrag nach dem Verhältnis zu berechnen, das zwischen der Dauer der nach den mazedonischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und dem Höchstaussmaß der Versicherungszeiten besteht.

**Kapitel 4****Arbeitslosigkeit****Artikel 24****Zusammenrechnung der Versicherungszeiten**

(1) Nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates zurückgelegte Versicherungszeiten sind für den Anspruch auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zu berücksichtigen, sofern der Arbeitslose in dem Vertragsstaat, in dem er den

Anspruch auf eine solche Leistung geltend macht, in den letzten zwölf Monaten vor Beantragung dieser Leistung insgesamt mindestens 26 Wochen ohne Verletzung der Vorschriften über die Beschäftigung von Ausländern als Arbeitnehmer versichert war.

(2) Die in Absatz 1 festgelegte Voraussetzung der Mindestbeschäftigungszeit von 26 Wochen gilt nicht für Arbeitslose, deren Beschäftigung für längere Zeit in Aussicht genommen war, jedoch früher als nach 26 Wochen ohne ihr Verschulden geendet hat, oder welche die Staatsangehörigkeit des Vertragsstaates besitzen, in dem sie die Leistung beantragen.

#### **Artikel 25**

##### **Bezugsdauer**

Die Bezugsdauer wird um die Zeit gemindert, in der der Arbeitslose im anderen Vertragsstaat innerhalb der letzten zwölf Monate vor dem Tag der Antragstellung bereits eine Leistung bei Arbeitslosigkeit bezogen hat.

#### **Abschnitt IV**

##### **Verschiedene Bestimmungen**

#### **Artikel 26**

##### **Aufgaben der zuständigen Behörden, Amts- und Rechtshilfe**

(1) Die zuständigen Behörden werden die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen in einer Vereinbarung regeln.

(2) Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten unterrichten einander

- a) über alle zur Anwendung dieses Abkommens getroffenen Maßnahmen;
- b) über alle die Anwendung dieses Abkommens berührenden Änderungen ihrer Rechtsvorschriften.

(3) Bei der Anwendung dieses Abkommens haben die Behörden und Träger der Vertragsstaaten einander zu unterstützen und wie bei der Anwendung ihrer eigenen Rechtsvorschriften zu handeln. Diese Amtshilfe ist kostenlos.

(4) Die Träger und Behörden der Vertragsstaaten können zwecks Anwendung dieses Abkommens miteinander sowie mit beteiligten Personen oder deren Beauftragten unmittelbar in Verbindung treten.

(5) Die Träger und Behörden eines Vertragsstaates dürfen die bei ihnen eingereichten Anträge und sonstige Schriftstücke nicht deshalb zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaates abgefaßt sind.

(6) Ärztliche Untersuchungen, die in Durchführung der Rechtsvorschriften nur eines Vertragsstaates vorgenommen werden und Personen betreffen, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten oder dort wohnen, werden auf Ersuchen des zuständigen Trägers zu seinen Lasten vom Träger des Aufenthalts- oder Wohnortes veranlaßt. Werden ärztliche Untersuchungen in Durchführung der Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten durchgeführt, werden sie vom Träger des Aufenthalts- oder Wohnortes der betreffenden Person zu seinen Lasten veranlaßt.

(7) Für die gerichtliche Rechtshilfe gelten die jeweiligen auf die Rechtshilfe in bürgerlichen Rechtssachen anwendbaren Bestimmungen.

#### **Artikel 27**

##### **Verbindungsstellen**

Die zuständigen Behörden haben zur Erleichterung der Durchführung dieses Abkommens, insbesondere zur Herstellung einer einfachen und raschen Verbindung zwischen den beiderseits in Betracht kommenden Trägern, Verbindungsstellen zu errichten.

#### **Artikel 28**

##### **Befreiung von Steuern und Beglaubigungen**

(1) Jede in den Vorschriften eines Vertragsstaates vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern, Stempel-, Gerichts- oder Eintragungsgebühren für Schriftstücke oder Urkunden, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, wird auf die entsprechenden Schriftstücke und Urkunden erstreckt, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates vorzulegen sind.



## 769 der Beilagen

9

(2) Urkunden, Dokumente und Schriftstücke jeglicher Art, die in Anwendung dieses Abkommens vorgelegt werden müssen, bedürfen keiner Beglaubigung.

**Artikel 29****Einreichung von Schriftstücken**

(1) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung eines Vertragsstaates eingereicht werden, sind als bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung des anderen Vertragsstaates eingereichte Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel anzusehen.

(2) Ein nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates gestellter Antrag auf eine Leistung gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates, die unter Berücksichtigung dieses Abkommens in Betracht kommt; dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, daß die Feststellung einer nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates erworbenen Leistung bei Alter aufgeschoben wird.

(3) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates innerhalb einer bestimmten Frist bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung dieses Vertragsstaates einzureichen sind, können innerhalb der gleichen Frist bei der entsprechenden Stelle des anderen Vertragsstaates eingereicht werden.

(4) In den Fällen der Absätze 1 bis 3 übermittelt die in Anspruch genommene Stelle diese Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der Verbindungsstellen der Vertragsstaaten unverzüglich an die entsprechende zuständige Stelle des anderen Vertragsstaates.

**Artikel 30****Zahlungsverkehr**

(1) Die nach diesem Abkommen leistungspflichtigen Träger können Leistungen an Berechtigte im anderen Vertragsstaat mit befreiender Wirkung in der für sie innerstaatlich maßgebenden Währung oder in einer anderen konvertierbaren Währung erbringen.

(2) Die in diesem Abkommen vorgesehenen Erstattungen haben in der Währung des Vertragsstaates zu erfolgen, in dem der Träger, der die Leistungen gewährt hat, seinen Sitz hat.

(3) Überweisungen auf Grund dieses Abkommens werden nach Maßgabe der Vereinbarungen vorgenommen, die auf diesem Gebiet in den beiden Vertragsstaaten im Zeitpunkt der Überweisung gelten.

**Artikel 31****Vollstreckungsverfahren**

(1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Bescheide und Rückstandsausweise (Urkunden) der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaates über Beiträge und sonstige Forderungen aus der sozialen Sicherheit werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung des Vertragsstaates widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die in dem Vertragsstaat, in dessen Gebiet vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Vertragsstaat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gelten. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunde muß mit der Bestätigung ihrer Vollstreckbarkeit (Vollstreckungsklausel) versehen sein.

**Artikel 32****Verrechnung von Vorschüssen**

(1) Hat ein Träger eines Vertragsstaates einen Vorschuß gezahlt, so kann die auf denselben Zeitraum entfallende Nachzahlung einer entsprechenden Leistung, auf die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates Anspruch besteht, einbehalten werden.

(2) Hat der Träger des einen Vertragsstaates für eine Zeit, für die der Träger des anderen Vertragsstaates nachträglich eine entsprechende Leistung zu erbringen hat, eine höhere als die

10

769 der Beilagen

gebührende Leistung gezahlt, so gilt der diese Leistung übersteigende Betrag bis zur Höhe des nachzuzahlenden Betrages als Vorschuß im Sinne des Absatzes 1.

(3) Hat ein Träger der Sozialhilfe eines Vertragsstaates eine Leistung der Sozialhilfe während eines Zeitraumes gewährt, für den nachträglich nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates Anspruch auf Geldleistungen entsteht, so behält der zuständige Träger dieses Vertragsstaates auf Ersuchen und für Rechnung des Trägers der Sozialhilfe die auf den gleichen Zeitraum entfallenden Nachzahlungen bis zur Höhe der gezahlten Leistungen der Sozialhilfe ein, als ob es sich um eine vom Träger der Sozialhilfe des letzteren Vertragsstaates gezahlte Leistung der Sozialhilfe handeln würde.

### **Artikel 33**

#### **Schadenersatz**

(1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Gebiet des anderen Vertragsstaates eingetreten ist, nach dessen Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger des ersten Vertragsstaates nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

(2) Stehen Ersatzansprüche hinsichtlich gleichartiger Leistungen aus demselben Schadensfall sowohl einem Träger des einen Vertragsstaates als auch einem Träger des anderen Vertragsstaates zu, so kann der Dritte die nach Absatz 1 auf die beiden Träger übergegangenen Ansprüche mit befreiender Wirkung durch Zahlung an den einen oder anderen Träger befriedigen. Im Innenverhältnis sind die Träger anteilig im Verhältnis der von ihnen zu erbringenden Leistungen ausgleichspflichtig.

### **Artikel 34**

#### **Streitbeilegung**

Streitigkeiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten beigelegt werden.

### **Abschnitt V**

#### **Übergangs- und Schlußbestimmungen**

### **Artikel 35**

#### **Übergangsbestimmungen**

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten oder für Personen nach Artikel 37 Absatz 3 vor dem 1. Oktober 1996.

(2) Für die Feststellung des Anspruches auf Leistungen nach diesem Abkommen werden auch Versicherungszeiten berücksichtigt, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor Inkrafttreten dieses Abkommens zurückgelegt worden sind.

(3) Vorbehaltlich des Absatzes 1 gilt dieses Abkommen auch für Versicherungsfälle, die vor seinem Inkrafttreten eingetreten sind, soweit nicht früher festgestellte Ansprüche durch Kapitalzahlungen abgegolten worden sind.

(4) Leistungen, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens oder für Personen nach Artikel 37 Absatz 3 vor dem 1. Oktober 1996 festgestellt wurden, sind nicht neu festzustellen.

(5) Wird ein Antrag auf Leistungen binnen zwei Jahren nach dem Inkrafttreten des Abkommens von einer nicht von Artikel 37 Absatz 3 erfaßten Person eingebracht, so sind die Leistungen vom Inkrafttreten dieses Abkommens an zu gewähren, ohne daß der betreffenden Person Ausschluß- oder Verjährungsfristen entgegengehalten werden können.

### **Artikel 36**

#### **Versicherungslastenregelungen**

(1) Die österreichischen Träger übernehmen alle Anwartschaften und Ansprüche von Personen, die am 1. Jänner 1956 österreichische Staatsangehörige waren oder die nach den österreichischen Rechtsvorschriften für den Bereich der Sozialversicherung als Volksdeutsche anerkannt werden, vorausgesetzt, daß sich die betreffenden Personen am 1. Jänner 1956 im Gebiet von Österreich nicht nur vorübergehend aufgehalten haben, soweit diese Anwartschaften und Ansprüche auf Grund der vor dem 1. Jänner 1956 in der ehemaligen jugoslawischen Sozialversicherung (Pensions- oder Invaliditätsversicherung) zurückgelegten Versicherungszeiten entstanden sind.

## 769 der Beilagen

11

(2) Die mazedonischen Träger übernehmen alle Anwartschaften und Ansprüche von mazedonischen Staatsangehörigen, die als jugoslawische Staatsangehörige am 1. Jänner 1956 ihren Wohnort im Gebiet des ehemaligen Jugoslawien hatten, soweit diese Anwartschaften und Ansprüche auf Grund der vor dem 1. Jänner 1956 in der österreichischen Sozialversicherung (Pensions- oder Unfallversicherung) zurückgelegten Versicherungszeiten entstanden sind.

(3) Sind Leistungsansprüche zu übernehmen, so gelten die allgemeinen Voraussetzungen für die entsprechenden Leistungen als erfüllt. Hierbei sind für die Bemessung der Leistungen die den übernommenen Leistungsansprüchen zugrundeliegenden Versicherungszeiten heranzuziehen. Erreichen diese Zeiten nicht das Ausmaß der für die entsprechenden Pensionen erforderlichen Wartezeit, so sind der Leistungsbemessung Zeiten im Ausmaß dieser Wartezeit zugrunde zu legen.

(4) Für die Berücksichtigung der Anwartschaften und Ansprüche in Leistungen der österreichischen Pensions- oder Unfallversicherung sind die Rechtsvorschriften des österreichischen Bundesgesetzes vom 22. November 1961 über Leistungsansprüche und Anwartschaften in der Pensions(Renten)versicherung und Unfallversicherung auf Grund von Beschäftigungen im Ausland anzuwenden.

**Artikel 37****Inkrafttreten**

(1) Dieses Abkommen ist zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden sind so bald wie möglich in Wien auszutauschen.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(3) Die Bestimmungen dieses Abkommens, die sich auf den Erwerb und die Gewährung von Leistungen aus der sozialen Sicherheit beziehen, sind ab dem 1. Oktober 1996 auf Personen anzuwenden, auf die das zwischen den beiden Vertragsstaaten vor diesem Zeitpunkt in Geltung gestandene Abkommen über soziale Sicherheit anzuwenden war. Soweit in der Zeit vor Inkrafttreten dieses Abkommens hinsichtlich der Gewährung von Sachleistungen anders verfahren wurde, hat es dabei sein Bewenden.

**Artikel 38****Außerkräfttreten**

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen.

(2) Im Falle der Kündigung dieses Abkommens bleiben nach diesem Abkommen erworbene Ansprüche erhalten.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Skopje, am 28. Februar 1997 in zwei Urschriften in deutscher und mazedonischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die österreichische Seite:

**Dr. Harald W. Kotschy**

Gesandter

Für die mazedonische Seite:

**Naser Ziberi**

Minister für Arbeit und Sozialpolitik

## **АВСТРИСКО - МАКЕДОНСКА КОНВЕНЦИЈА ЗА СОЦИЈАЛНО ОСИГУРУВАЊЕ**

*Раководени од желбата за регулирање на меѓусебните односи меѓу двете држави од областа на социјалното осигурување,*

*двете страни се договорија да ја склучат следната Конвенција:*

769 der Beilagen

13

**ДЕЛ I****ОПШТИ ОДРЕДБИ**

Член 1

**ДЕФИНИЦИЈА НА ПОИМИТЕ**

(1) Изразите во оваа конвенција значат:

**1. "Правни прописи"**

Законите, уредбите и другите општи правни акти кои се однесуваат на областите од социјалното осигурување, означени во членот 2 став 1;

**2. "Надлежни органи"**

Надлежните министри или Сојузните министри кои се овластени за примената на правните прописи наведени во членот 2 став 1;

**3. "Носители"**

Установата или органот во чија надлежност е спроведувањето на правните прописи од член 2 став 1 или пак на еден дел од нив;

**4. "Надлежен носител"**

Носителот кај кого лицето е осигурено во моментот на поднесувањето на барањето за давање или од кого тоа има право на давање или пак би имало кога тоа би престојувало на територијата на државата - договорничка во која тоа било последен пат осигурено.

**5. "Живеалиште"**

Постојано место на живеење;

**6. "Престој"**

Место на привремен престој;

### **7. "Член на семејството"**

*Член на семејството согласно правните прописи на државата-договорничка во која носителот, на чиј товар се одобруваат давањата, го има своето седиште;*

### **8. "Периоди на осигурување"**

*Периоди со платени придонеси и изедначени периоди кои важат како такви согласно правните прописи на двете држави-договорнички;*

### **9. "Парично давање", "Рента" или "Пензија"**

*Паричното давање, рентата или пензијата вклучувајќи ги сите нејзини делови од јавните средства, сите додатоци, износи на усогласувањето, додатоците како и капитализираните исплати и исплатите како што е враќањето на придонесите.*

*(2) Во оваа конвенција останатите поими имаат значење според правните прописи на државите-договорнички.*

## **Член 2**

### **Област на важење**

*(1) Оваа конвенција се однесува*

*1. На австриските правни прописи за:*

*а) здравственото осигурување,*

*б) осигурувањето од несреќи,*

*в) пензиското осигурување со исклучок на посебното осигурување за нотаријатот,*

*г) надоместокот за невработеност,*

*2. На македонските правни прописи за:*

*а) здравственото осигурување и здравствената заштита вклучувајќи ги и случаите на несреќа на работа и професионална болест,*

*б) пензиското и инвалидското осигурување, вклучувајќи ги и случаите за несреќа на работа и професионална болест.*

*в) осигурување во случај на невработеност*

*(2) Доколку ставот 3 не определува ништо поинаку, оваа конвенција се однесува исто така, и на сите правни прописи кои ги опфаќаат, менуваат или дополнуваат правните прописи, означени во ставот 1.*

*(3) Оваа конвенција не се однесува на правните прописи за некоја нова гранка на социјално осигурување, ниту за системите на жртви од војната и на последиците од неа.*

**Член 3**

**Лица на кои оваа конвенција се применува**

Оваа конвенција важи за:

*а) лицата за кои важат или важеле правните прописи на едната или на двете држави-договорнички;*

*б) другите лица доколку тие нивните права ги изведуваат од лицата наведени под буквата а).*

**Член 4**

**Еднаков третман**

*(1) При примената на правните прописи на едната држава-договорничка, нејзините државјани се изедначени со државјаните од другата држава -договорничка, доколку оваа конвенција не предвидува поинаку.*

*(2) Ставот 1 не се однесува на:*

*а) правните прописи на двете држави - договорнички во поглед на соработувањето на осигурениците и на работодавачите во органите на носителите и во здруженијата, како и во поглед на правата од областа на социјалното осигурување;*

*б) регулативите во поглед на надлежноста на осигурувањето во меѓудржавните договори на државите - договорнички во однос на други држави;*

*в) правните прописи на двете држави - договорнички во поглед на ставот 1 за осигурувањето на лицата вработни во некое службено*

претставништво на една од двете држави-договорнички со седиште во трети држави или кај членовите на таквото претставништво.

(3) Ставот 1 важи, во поглед на австриските правни прописи, за засметувањето на периодите од војната или со на нив изедначените периоди, само за македонските државјани кои непосредно пред 13 март 1938 година имале австриско државјанство.

#### Член 5

#### **Трансфер на давањата**

(1) Доколку оваа конвенција не предвидува поинаку, не смеат да се скратуваат, менуваат или мируваат, да се укинуваат или заплenuваат пензиите, рентите и другите парични давања, со исклучок на давањата од невработеност, за кои постои правото согласно правните прописи на едната држава-договорничка, поради тоа што корисникот живее на територијата на другата држава-договорничка.

(2) Ставот 1 не се однесува:

а) на додатокот на пензијата според австриските правни прописи,

б) на најнискиот износ на пензија според македонските правни прописи.

### **ДЕЛ II**

#### **ОДРЕДБИ ЗА ПРИМЕНА НА ПРАВНИТЕ ПРОПИСИ**

#### Член 6

#### **Општи правила**

(1) Обврската за осигурување на вработеното лице се определува според правните прописи на државата-договорничка на чија територија се врши дејноста, доколку член 7 и 8 не предвидуваат поинаку. Истото важи при вршење на самостојна дејност и тогаш кога местото на живеење на работодавачот или седиштето на работодавецот се наоѓа на територијата на другата држава-договорничка.



## 769 der Beilagen

17

*(2) За државните службеници и со нив изедначените лица, важат прописите на државата-договорничка во чија управа се тие вработени.*

## Член 7

**Посебни правила**

*(1) Ако работникот од некое претпријатие со седиште во една од државите-договорнички биде деташиран на територијата на другата држава-договорничка, и понатаму се применуваат правните прописи на првата држава-договорничка до крајот од 24-от календарски месец, исто како да бил вработен на нејзина територија.*

*(2) Ако работникот на некое воздухопловно претпријатие со седиште на територијата на едната држава-договорничка биде испратен на територијата на другата држава-договорничка, и понатаму се применуваат правните прописи на првата држава-договорничка, исто како да е уште вработен на нејзината територија.*

*(3) Посада на некој поморски брод како и други лица кои не се привремено вработени на бродот потпаѓаат под правните прописи на државата-договорничка чие знаме го носи бродот.*

## Член 8

**Дипломатски и конзуларен персонал**

*(1) За членовите на дипломатските претставништва или конзуларни служби, како и за приватно вработените членови на овие претставништва или служби, кои се испратени на територијата на другата држава-договорничка, се применуваат правните прописи на државата-договорничка која ги испраќа.*

*(2) За работниците наведени во ставот 1, кои не се испратени, се применуваат правните прописи на државата-договорничка на чија територија се вработени. Ако тие се државјани на другата држава-договорничка можат во рок од три месеци од почетокот на вработувањето да ја бираат примената на правните прописи на другата држава-договорничка.*

18

769 der Beilagen

Член 9

**Исклучоци**

(1) На заедничко барање на работникот и неговиот работодавец надлежните органи на двете држави можат да договорат исклучоци од членовите 6 до 8. при што мора да се внимава на видот и на околностите на вработувањето.

(2) Ако за работникот согласно ставот 1 важат правните прописи на едната држава-договорничка и ако тој дејноста ја врши на територијата на другата држава-договорничка, тогаш треба правните прописи да се применат така, како тој да ја врши дејноста на територијата на првата држава-договорничка.

**ДЕЛ III****ПОСЕБНИ ОДРЕДБИ****ГЛАВА 1****Болест и мајчинство (породилно отсуство)**

Член 10

**Собирање на периодите на осигурување**

Ако едно лице остварило периоди на осигурување според правните прописи на двете држави-договорнички, тогаш тие, доколку е потребно, се собираат за стекнување со правото на давања, како и за времетраењето за одобрување на давања, доколку тие временски не се поклопуваат.

Член 11

**Здравствена заштита**

(1) Лицето кое ги исполнува потребните услови за правото на здравствена заштита според правните прописи на една држава-договорничка и

а) живее на територијата на другата држава-договорничка или

б) за чија што здравствена состојба за време на престојот на територијата на другата држава-договорничка е неодложно пружање на здравствена заштита, а кое не е упатено во другата држава-договорничка за користење на правото на лекување, или

в) кое што од надлежниот носител добило или ќе добие согласност за упатување на лекување на територијата на другата држава-договорничка, кое лекување е соодветно на неговата здравствена состојба,

има право на здравствена заштита на товар на надлежниот носител од носителот на здравствената заштита според местото на живеење или престојување, согласно важечките правни прописи на тој носител, исто како лицето да било осигурено кај тој носител.

(2) Во случајот од ставот 1, одобрувањето на вештачки делови на телото, поголеми помошни средства и други давања од поголемо значење, зависи од тоа што надлежниот носител мора да даде согласност за тоа. Согласноста не е потребна ако пружањето на здравствената заштита не може да се одложи без посериозно загрозување на животот или здравјето на лицето или ако му следува надомест на трошоците преку паушални плаќања согласно членот 15 став 2.

(3) Претходните ставови се применуваат соодветно и на членовите на семејството.

(4) Ставот 1 буквите б и в во Австрија важат во врска со лекувањето од страна на слободно-професионално вработените лекари, заболечари и дентисти, само во поглед на долу наведените лица:

а) лицата кои вршејќи дејност престојуваат во Австрија, како и придружни членови на нивното семејство.

б) лицата кои го посетуваат нивното семејство кое живее во Австрија;

в) лицата кои престојуваат во Австрија од други причини, доколку им било одобрено амбулантско лекување на товар на соодветната Покраинска болесничка каса.

20

769 der Beilagen

**Член 12****Парични давања**

(1) Во случаите на член 11 паричните давања се одобруваат од надлежниот носител, согласно за него важечките правни прописи.

(2) Ако висината на паричните давања согласно правните прописи на едната држава-договорничка зависи од бројот на членовите на семејството, тогаш надлежниот носител ги зема предвид и членовите на семејството кои живеат на територијата на другата држава-договорничка.

**Член 13****Корисници на пензија**

(1) За лицето кое има право на пензија според правните прописи на двете држави-договорнички важат исклучиво правните прописи на државата-договорничка на чија што територија живее лицето.

(2) За лицето кое има право на пензија според правните прописи на едната држава-договорничка, а живее на територијата на другата држава-договорничка, важат правните прописи на таа држава договорничка, исто како лицето да имало право на користење на пензија според правните прописи на таа држава-договорничка.

(3) Ставовите 1 и 2 важат соодветно за поднесувачите на барањата за пензија.

**Член 14****Носители според местото на живеење  
или престојување**

Во случаите на член 11 и 13 став 2 давањата се одобруваат

на австриската страна  
од соодветната Покраинска болесничка каса според местото на престојот или живеење.

на македонската страна  
од Фондот за здравствено осигурување,

## Член 15

**Надоместок на трошоци**

(1) Надлежниот носител му ги надоместува на носителот кој ги одобрил давањата, согласно член 11 и 13 став 2 настанатите трошоци, со исклучок на административните трошоци.

(2) Надлежните органи можат, заради поедноставување на административните работи, за сите случаи или за определени групи од случаи, да вршат паушални наместо поединечни исплати на трошоците.

(3) Во случаите на член 13 став 2 надоместокот на трошоците за корисниците од австриското пензиско осигурување се исплатува од придонесите за здравственото осигурување на корисниците на пензија, кои пристигнуваат кај Главниот сојуз на носителите на австриското социјално осигурување.

**ГЛАВА 2****Несреќи на работа и професионални заболувања**

## Член 16

**Давања за здравствена заштита**

(1) Едно лице кое има право на здравствена заштита поради повреда на работа или професионално заболување согласно правните прописи на едната држава-договорничка, а престојува или живее на територијата на другата држава-договорничка, има право на здравствена заштита на товар на надлежниот носител од носителот според местото на престојот или живеење согласно за овој носител важечките правни прописи, исто како тоа да било осигурено кај тој носител. Соодветно на ова важи и членот 11 став 2.

(2) Во случаите на ставот 1 здравствената заштита се одобрува

на австриската страна  
од соодветната Покраинска болесничка каса која би дошла предвид и која е надлежна според местото на престојот и живеење на лицето,

на македонската страна  
од Фондот за здравствено осигурување.

22

769 der Beilagen

(3) Наместо австрискиот носител од став 2 здравствена заштита може да одобри носителот на осигурување за несреќа.

(4) За надоместокот на настанатите трошоци според ставот 1 соодветно важи членот 15.

#### Член 17

### **Професионални заболувања**

(1) Ако одобрувањето на давањата за професионално заболување согласно правните прописи на едната држава-договорничка зависи од тоа што болеста била за прв пат констатирана од лекар на територијата на таа држава договорничка, тогаш важи дека е исполнителниот условот доколку болеста била прв пат констатирана на територијата на другата држава-договорничка.

(2) Ако правните прописи на едната држава-договорничка предвидуваат одобрување на давања за професионално заболување само ако дејноста, која била причина за професионалното заболување, била извршувана за најкучо времетраење, тогаш надлежниот носител на оваа држава-договорничка, доколку е тоа потребно, ги зема предвид периодите за извршување на таквата дејност за она време додека важеле правните прописи на другата држава-договорничка.

#### Член 18

### **Надоместок за професионални заболувања**

(1) Ако професионалното заболување треба да се надомести според правните прописи на двете држави-договорнички, тогаш се одобруваат давања само согласно правните прописи на државата договорничка на чија што територија било последното вработување кое можело да го предизвика професионалното заболување, доколку лицето ги исполнува предвидените услови според тие правни прописи.

(2) Ако лицето, кое претрпело професионално заболување, користело или користи давања на товар на носителот на едната држава-договорничка и ако, поради влошување на здравствената состојба, бара одобрување на давања од носителот на другата држава-договорничка

поради извршување на дејности според правните прописи на другата држава-договорничка, а која што дејност може да предизвика професионално заболување, тогаш носителот на едната држава-договорничка и понатаму ги сноси трошоците за давањата според за него важечките правни прописи, без оглед на влошувањето на здравствената состојба. Надлежниот носител на другата држава-договорничка одобрува давање во висина на разликата од износот помеѓу давањето по влошувањето на здравствената состојба и давањето според за него важечките правни прописи пред влошувањето на здравствената состојба, до колку болеста настапила според тие правни прописи.

### **ГЛАВА 3**

#### **Старост, инвалидност и смрт (пензии)**

##### **Член 19**

#### **Собирање на периодите на осигурување**

(1) Ако според правните прописи на едната држава-договорничка, стекнувањето, зачувувањето или повторното признавање право на давање е условено со навршување на периоди на осигурување, носителот на таа држава-договорничка ги зема предвид, ако е потребно, и периодите на осигурување навршени според правните прописи на другата држава-договорничка, како да се навршени според неговите правни прописи.

(2) Ако според правните прописи на едната држава-договорничка, правото на определено давање е условено со навршување периоди во одредено занимање, односно работа или занимање за кое постои посебен систем, носителот на таа држава договорничка ги зема предвид и периодите на осигурување, кои според правните прописи на другата држава-договорничка се навршени во исто занимање односно работа или во соодветен систем.

(3) Ако според правните прописи на едната држава-договорничка времето на користење на пензијата го продолжува периодот во кој мора да биде навршен периодот на осигурување, тој период се продолжува со соодветно време на користење на пензијата според правните прописи на другата држава-договорничка.

(4) Ако според македонските правни прописи стекнувањето, одржувањето или повторно воспоставување на правото на давање е условено со постоење на одредени околности, тогаш истите околности настанати во Австрија имаат исто значење.

24

769 der Beilagen

**Член 20****Периоди на осигурување пократки од една година**

(1) Ако периодите на осигурување кои треба да се земат предвид според правните прописи на едната држава - договорничка изнесуваат вкупно помалку од 12 месеци, заради пресметување на давањето, тогаш не се одобрува давање според овие прописи. Тоа не важи ако според овие прописи постои право на давање само по основ на овие периоди на осигурување.

(2) Периодите на осигурување наведени во првата реченица во став 1, носителот на другата држава договорничка ги зема предвид за стекнување, зачувување и повторно воспоставување на правото на давање, како и нивниот обем на тој начин како да би биле навршени периоди на осигурување според прописите кои се применуваат од негова страна.

**Член 21****Утврдување на давања**

(1) Ако според правните прописи на едната држава-договорничка постои право на давање без примена на член 19, надлежниот носител на таа држава-договорничка утврдува давања исклучиво врз основа на периодите на осигурување кои се земаат предвид според тие правни прописи.

(2) Ако според правните прописи на едната држава-договорничка постои право на давање само со примена на член 19, надлежниот носител на таа држава-договорничка утврдува давања според одредбите на член 22 односно 23.

**Член 22****Пресметка на австрискиот дел на давања**

Во случај од член 21 став 2 надлежниот австриски носител утврдува давања земајќи ги предвид исклучиво периодите на осигурување навршени според австриските правни прописи и следниве одредби:

1. Давања или делови на давања, чиј износ не зависи од должината на навршените периоди на осигурување, се утврдуваат сразмерно на односот на периодите на осигурување кои според австриските правни прописи се земаат предвид за пресметка на давања за 30 години, а најмногу до полниот износ.



2. Ако при пресметка на давањата за случај на инвалидност или смрт се земаат предвид периодите после настанувањето на осигурениот случај, тие периоди се земаат предвид само сразмерно на односот на периодите на осигурување кои според австриските правни прописи се земаат предвид за пресметка на давањата и две третини од бројот на полни календарски месеци од навршената 16-та година на живот на тоа лице до настанокот на осигурениот случај, а најмногу до полното траење.

3. Точка 1 не се применува:

а) на давања по основ на дополнително осигурување,

б) на давања или дел на на давања кои зависат од приходот, а со кој се обезбедува минимален приход.

### Член 23

#### **Пресметување на македонската сразмерна пензија**

(1) Во случај од член 21 став 2 надлежниот македонски носител утврдува давање на тој начин што, прво, пресметува износ на давање, кое би припаѓало како да вкупните периоди на осигурување се навршени според македонските прописи, а потоа, врз основа на така пресметаниот износ, го утврдува износот на давање во сразмерен однос помеѓу периодите на осигурување навршени исклучиво според македонските правни прописи и вкупните периоди на осигурување кои се земаат предвид за пресметување на давањето.

(2) Ако при примена на ставот 1 вкупното траење на периодите на осигурување не се зема предвид според правните прописи на двете држави-договорнички, го надминува максималното траење предвидено со македонските правни прописи, за пресметување на износот на давање, тогаш сразмерниот дел на давање се пресметува во оној сооднос во кој се наоѓа траењето на периодите на осигурување признати според македонските правни прописи, спрема споменатото максимално траење на периодите на осигурување.

26

769 der Beilagen

**ГЛАВА 4****Невработеност****Член 24****Собирање на периодите на осигурување**

(1) Според правните прописи на едната држава-договорничка, за правото на давање поради невработеност се засметуваат периодите на осигурување и според правните прописи на другата држава-договорничка, доколку невработениот бил осигурен како работник во државата-договорничка, во која поднел барање за давање и тоа вкупно најмалку 26 недели во последните дванаесет месеци пред поднесувањето на барањето за надоместок, без притоа да се повредат прописите за вработување на странски државјани.

(2) Во ставот 1 утврдениот услов за минимални периоди на осигурување од 26 недели не важи за невработените, чие што вработување било земено предвид за подолго време, но кое што сепак завршило порано од 26 недели без нивна вина, или пак кои поседуваат државјанство на државата-договорничка во која поднеле барање за давање.

**Член 25****Времетраење на користење**

Времето на користење на давањето се намалува за времето во кое невработениот користел надоместок за невработеност од другата држава-договорничка во рокот од последните дванаесет месеци пред денот на поднесувањето на барањето.

**ДЕЛ IV****РАЗНИ ОДРЕДБИ****Член 26****Задачи на надлежните органи, службена и административна помош**

(1) Надлежните органи договорно ќе ги уредат потребните административни мерки за спроведување на оваа конвенција.

(2) Надлежните органи на двете држави-договорнички меѓусебно се информираат:

а) за сите преземени мерки за спроведување на оваа конвенција

б) за сите промени на правните прописи кои се однесуваат на примената на оваа конвенција.

(3) При примената на оваа конвенција органите и носителите на државите-договорнички меѓусебно се помагаат и се однесуваат исто како и при примената на нивните сопствени правни прописи. Оваа административна помош е бесплатна.

(4) Органите и носителите на државите-договорнички можат, за применување на оваа конвенција да стапуваат во меѓусебни контакти како и во контакт со лицата или со нивните полномошници.

(5) Органите и носителите на едната држава-договорничка не смеат да ги враќаат кај нив поднесените барања и други дописи заради тоа што тие се на службениот јазик на другата држава-договорничка.

(6) Лекарските прегледи, извршени според правните прописи на едната држава-договорничка, кои се однесуваат на лицата кои престојуваат на територијата на другата држава-договорничка или кои таму живеат, ќе се извршуваат по барање на надлежниот носител од страна на носителот според местото на престој или живеење. Ако лекарските прегледи се вршат заради примена на правните прописи на двете држави договорнички тие ќе се извршуваат од страна на носителот на негов товар според местото на живеење или престој на соодветното лице.

(7) За судската правна помош важат одредбите кои се применуваат во правната помош во граѓанската правна постапка.

#### Член 27

#### Органи за врска

Заради олеснување на спроведувањето на оваа конвенција, а пред се заради воспоставување на поедноставна и побрза врска на носителите на осигурување, надлежните органи треба да определат органи за врска.

## Член 28

**Ослободување од даноци и заверки**

(1) Согласно прописите на едната држава - договорничка секое ослободување или намалување на даноци, такси за заверка, судски такси или на такси за упис на писмена или документи кои треба да се достават во примената на овие прописи, а кое е предвидено со прописите на државата - договорничка се однесува и врз писмена и документи кои треба да се достават во примената на оваа конвенција или на правните прописи на другата држава - договорничка.

(2) Уверенијата, документите и писмената од било кој вид, кои морат да се достават при примената на оваа конвенција, не подлежат на заверка.

## Член 29

**Доставување на документи и дописи**

(1) Барањата, изјавите или правните средства кои во примената на оваа конвенција или на правните прописи на едната држава-договорничка се доставуваат кај некој орган, носител или некоја друга надлежна установа на едната држава-договорничка, се сметаат како доставени барања, изјави или правни средства кај некој орган, носител или друга надлежна установа на другата држава-договорничка.

(2) Барањето за одобрување на давања, поднесено според правните прописи на едната држава-договорничка важи истовремено како барање за одобрување на соодветно давање според правните прописи на другата држава-договорничка според оваа конвенција. Тоа не важи ако барателот изрично бара утврдувањето на давањето според правните прописи на едната држава-договорничка да се одложи за старост.

(3) Барањата, изјавите или правните средства кои во примената на правните прописи на едната држава-договорничка треба да се достават во еден определен рок кај некој орган, носител или друга надлежна установа на таа држава, можат во истиот рок да се достават кај соодветната служба на другата држава-договорничка.

(4) Во случаите на ставовите од 1 до 3, службата која ги примила овие барања, изјави или правни средства ги доставува, непосредно или со посредување на органите за врска на државите-договорнички, на соодветната надлежна служба на другата држава-договорничка.

## Член 30

**Платен промет**

(1) Носителите, надлежни за плаќање според оваа конвенција, можат да исплатуваат давање на корисниците во другата држава-договорничка со ослободувачко дејство, во за нив соодветната домашна валута или во друга конвертибилна валута.

(2) Предвидените надоместоци во оваа конвенција се исплатуваат во валутата на државата-договорничка во која носителот, кој ги одобрил давањата, го има своето седиште.

(3) Исплатите врз основа на оваа конвенција се вршат според мерилата на договарањето кои во оваа област важат во двете држави-договорнички во моментот на исплатата.

## Член 31

**Извршна постапка**

(1) Правосилните одлуки на судовите како и извршните решенија и уверенијата на носителите или органите на една држава-договорничка за придонесите и другите побарувања од социјалното осигурување се признаваат и во другата држава-договорничка.

(2) Признавањето може да се одбие само ако тоа е спротивно на јавниот ред на државата-договорничка во која треба да се признае одлуката или уверението.

(3) Според ставот 1 признатите и извршните одлуки и уверенија се извршуваат во другата држава-договорничка. Постапката за извршување се определува според правните прописи кои во државата-договорничка, на чија територија треба да бидат извршени, важат за извршувањето во таа држава-договорничка донесените соодветни одлуки и уверенија. Одлуките или уверенијата мора да бидат обезбедени со потврда за нивно извршување (клаузула за извршност).

## Член 32

**Пресметување на аконтации**

(1) Ако носителот на едната држава-договорничка исплатил аконтација, тогаш може да биде задржана исплатата на заостатокот на пензијата која следува за истиот период (од денот на правото до редовната исплата на пензијата) за која постои правото на пензија согласно правните прописи на другата држава-договорничка.

(2) Ако носителот на едната држава-договорничка исплатил повисок износ од пензија која следува за едно определено време за кое што дополнително треба да одобри давања и носителот од другата држава-договорничка, тогаш тој повисок износ од пензијата која следува, се до висината на износот кој треба дополнително да се исплати, важи како аконтација во смисла на ставот 1.

(3) Ако носителот за социјална помош на едната држава-договорничка одобрил социјална помош за еден период за кој што исто така дополнително постои правото на парични давања и според правните прописи на другата држава-договорничка, тогаш надлежниот носител на таа држава-договорничка ги задржува, по барање и за сметка на носителот на социјалната помош, дополнителните исплати за истиот период и тоа се до висината на исплатените давања на социјалната помош, исто како да се работи за исплатени давања за социјална помош од последната држава-договорничка.

## Член 33

**Надомест на штета**

(1) Ако едно лице согласно правните прописи на едната држава-договорничка, треба да добие надоместок на штета, која настанала на територијата на другата држава-договорничка според чии правни прописи има право на надоместок на штета од трето лице, тогаш правото на надоместок на штетата преминува на носителот на првата држава-договорничка според за него важечките правни прописи.

(2) Ако правото на надоместок на штета е во врска со истородни давања по основ на ист случај на штета, е пренесено, во согласност со став 1 на носителите на двете држави-договорнички, трето лице може да исплати надомест на штета, со ослободувачко дејство, на едниот или другиот носител. Носителите ќе ги подмират своите побарувања по овој основ сразмерно на давањата кои се исплатуваат.

**Член 34****Решавање на споровите**

Споровите меѓу државите-договорнички за толкувањето или примената на оваа конвенција треба, доколку е можно, да се решаваат преку надлежните органи на државите-договорнички.

**ДЕЛ V****ПРЕОДНИ И ЗАВРШНИ ОДРЕДБИ****Член 35****Преодни одредби**

(1) Ова конвенција не предвидува право на давање за периодот пред нејзиното стапување во сила или за лица според членот 37 став 3 пред 1 октомври 1996 година.

(2) Заради утврдување на правото на давања според оваа конвенција се земаат предвид и периодите на осигурување согласно правните прописи на едната држава-договорничка остварени пред стапување во сила на оваа конвенција.

(3) Независно од ставот 1, оваа конвенција важи и за осигурителни случаи кои настапиле пред стапувањето во сила на оваа конвенција, доколку порано утврдените права не биле подмирени преку капитализирани исплати.

(4) Давањата утврдени пред стапување во сила на оваа конвенција или пред 1 октомври 1996 година, за лицата од членот 37 став 3, не треба повторно да се утврдуваат.

(5) Ако во рок од две години од денот на стапување во сила на оваа конвенција лицето, кое не е опфатено со член 37 став 3, поднесе барање за давање, тоа давање припаѓа од денот на нејзиното стапување во сила без оглед на роковите за исклучување и застарување.

## Член 36

**Правила за надлежноста за осигурувањето**

(1) Австриските носители ги превземаат сите очекувани и стекнати права на лицата кои на 1 јануари 1956 година биле австриски државјани или кои, според австриските правни прописи од областа на социјалното осигурување биле признати како Фолксдојчери, под услов лицата на 1 јануари 1956 година привремено да не престојувале на територијата на Австрија, до колку тие стекнати и очекувани права настанале врз основа на остварените периоди на осигурување пред 1 јануари 1956 година во поранешното југословенско социјално осигурување (пензиско и инвалидско осигурување).

(2) Македонските носители ги преземаат сите очекувани и стекнати права на македонските државјани, кои како југословенски државјани, на 1 јануари 1956 година имале живеалиште на територија на поранешна Југославија, доколку тие очекувани или стекнати права настанале врз основа на австриското социјално осигурување (пензиско осигурување и осигурување од несреќи), пред 1 јануари 1956 година.

(3) Ако треба да се преземат побарувањата, тогаш општите услови за соодветните давања се сметаат за исполнети. При тоа, за определување на висината на давањето се земаат предвид периодите на осигурување, утврдени за преземените права на давања. Ако овие периоди не го достигнуваат потребниот период на осигурување за соодветната пензија, тогаш за определување на давањето се земаат предвид периодите во износ на потребното време на чекање.

(4) Во однос на очекуваните и стекнатите права од австриското пензиско осигурување и од осигурувањето за несреќи се применуваат одредбите од австрискиот Сојузен Закон за очекуваните и стекнатите права од пензиското осигурување и од осигурување за несреќи врз основа на вработување во странство од 22 ноември 1961 година.

## Член 37

**Стапување на сила**

(1) Оваа конвенција треба да се ратификува. Документите за ратификација треба колку е можно побрзо да се разменат во Виена.



(2) Оваа конвенција стапува во сила првиот ден од месецот по истекот на месецот во кој ќе бидат разменети документите за ратификација.

(3) Одредбите на оваа конвенција кои се однесуваат на стекнувањето и одобрувањето на давања од социјалното осигурување ќе се применуваат од 1 октомври 1996 година за лицата за кои се применувала и конвенцијата за социјално осигурување помеѓу двете држави-договорнички, која пред тој временски период беше во сила. Доколку пред стапувањето во сила на оваа конвенција било постапувано поинаку во поглед на одобрувањето на здравствената заштита, таквото постапување се признава.

### Член 38

#### Откажување

(1) Оваа конвенција се склучува на неопределено време. Секоја држава-договорничка може, придржувајќи се на рокот од три месеци кон крајот на една календарска година, истата да ја откаже писмено, по дипломатски пат.


(2) Во случај на откажување на оваа конвенција, стекнатите права по оваа конвенција остануваат да важат.

Оваа конвенција ја потпишаа и обезбедија со печат ополномоштените

Склучена во Скопје на 28.02.1997 година, во два примерока на германски и македонски јазик, при што двата текста се на ист начин автентични.

За австриската страна:

За македонската страна:



**Д-р Харалд Кочи**

Ополномоштен Министер во Сојузното  
Министерство за надворешни работи

**Насер Зибири**

Министер за труд и  
социјална политика



**Vorblatt****Problem:**

Die Kündigung des Abkommens über soziale Sicherheit mit der Ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien zum 30. September 1996 ist zur Sicherstellung des Entfalls der Zahlung von österreichischen Familienbeihilfen für Kinder in Mazedonien erfolgt, da das Abkommen eine Teilkündigung nur für den Bereich der Familienbeihilfen nicht ermöglicht hat. Mit der Kündigung sind auch die Regelungen in den anderen Bereichen außer Kraft getreten, für deren Weiteranwendung der Abschluß eines entsprechend eingeschränkten Abkommens erforderlich ist.

**Ziel und Inhalt:**

Durch das vorliegende neue Abkommen wird der bisherige Schutz im Bereich der Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung sowie der Arbeitslosenversicherung mit im wesentlichen gleichem materiell-rechtlichen Inhalt aufrechterhalten, in formaler Hinsicht aber gleichzeitig an die anderen von Österreich in den letzten Jahren geschlossenen Abkommen über soziale Sicherheit angepaßt.

**Alternativen:**

Keine.

**Kosten:**

Keine.

**EG-Konformität:**

Hinsichtlich von Abkommen über soziale Sicherheit mit Drittstaaten stehen keine EG-Vorschriften in Kraft, sodaß auch die durch EG-Recht gebundenen Staaten einen diesbezüglichen Gestaltungsspielraum haben.

## Erläuterungen

### Allgemeiner Teil

#### 1. Allgemeine Überlegungen

Das vorliegende österreichisch-mazedonische Abkommen über soziale Sicherheit hat gesetzändernden und gesetzergänzenden Charakter und bedarf daher gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Es hat nicht politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Rechtsbereich zugänglich, sodaß eine Erlassung von Gesetzen gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Das Abkommen enthält keine verfassungsändernden oder verfassungsergänzenden Bestimmungen. Eine Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz B-VG ist nicht erforderlich, da keine Angelegenheiten geregelt werden, die den selbständigen Wirkungsbereich der Länder betreffen.

#### 2. Das Abkommen im allgemeinen

Die Kündigung des im Verhältnis zu Mazedonien weiterangewendeten Abkommens über soziale Sicherheit mit der früheren Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vom 19. November 1965 in der Fassung der Zusatzabkommen vom 19. März 1979 und 11. Mai 1988, BGBl. Nr. 289/66, 81/80 und 269/89 (im folgenden als "bisheriges Abkommen" bezeichnet), ist zur Sicherstellung des Entfalls der Zahlung von österreichischen Familienbeihilfen für Kinder in Mazedonien erfolgt, da eine Teilkündigung nur für den Bereich der Familienbeihilfen nicht möglich war.

Mit der Kündigung zum 30. September 1996 (BGBl. Nr. 346/1996) sind auch die Regelungen in den anderen Bereichen außer Kraft getreten. Durch den Abschluß des vorliegenden neuen Abkommens werden die Bestimmungen in diesen anderen Bereichen (Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung sowie Arbeitslosengeld) entsprechend dem bisherigen Abkommen geregelt.

Hinsichtlich des persönlichen Geltungsbereiches des Abkommens ist darauf hinzuweisen, daß das bisherige Abkommen auf die Staatsangehörigen aller früheren sechs Teilrepubliken des früheren Jugoslawien anzuwenden war und daher eine Einschränkung des neuen Abkommens nur auf die beiderseitigen Staatsangehörigen eine wesentliche Einschränkung bedeutet hätte. Das Abkommen umfaßt daher wie der Großteil der anderen von Österreich geschlossenen Abkommen über soziale Sicherheit ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit alle Personen, die nach den Rechtsvorschriften eines der beiden Vertragsstaaten versichert sind oder waren, sowie ihre Angehörigen und Hinterliebten.

Im Bereich der Pensionsversicherung wird wie bereits in den Zusatzabkommen mit Kanada und den USA (BGBl. Nr. 570/1996 bzw. 779/1996) im Hinblick auf eine wesentliche Vereinfachung der Pensionsberechnung in allen zwischenstaatlichen Fällen anstelle der bisher vorgesehenen Berechnung entsprechend dem Zeitenverhältnis ("pro-rata-temporis-Berechnung") die Berechnung der österreichischen Leistungen ausschließlich auf der Grundlage der österreichischen Versicherungszeiten vorgesehen ("Direktberechnung").

Darüber hinaus schließt das neue Abkommen im Bereich der Krankenversicherung in Anpassung an die entsprechenden Regelungen im Art. 22 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 eine gezielte Inanspruchnahme einer ärztlichen Betreuung im anderen Vertragsstaat ohne Genehmigung des zuständigen Trägers aus.

Zusammenfassend sieht das vorliegende neue Abkommen vor:

- a) eine Rechtsgrundlage für die weiteren Beziehungen zwischen Österreich und Mazedonien im Bereich der Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung sowie hinsichtlich des Arbeitslosengeldes,
- b) eine formale Neugestaltung des Abkommens insbesondere im Bereich der Krankenversicherung sowie durch die Einbeziehung der Bestimmungen des Schlußprotokolls in das Abkommen,
- c) die zwischenstaatliche Pensionsberechnung in allen Fällen durch Direktberechnung und
- d) seine rückwirkende Anwendung unmittelbar im Anschluß an das Außerkrafttreten des bisherigen Abkommens.

### 3. Finanzielle Auswirkungen

Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen ist zunächst darauf hinzuweisen, daß die Kündigung des bisherigen Abkommens zur Sicherstellung des Entfalls der Zahlung von österreichischen Familienbeihilfen für Kinder in Mazedonien erfolgt ist, woraus sich eine jährliche Einsparung von rund 22 Millionen Schilling ergibt.

In den anderen Bereichen (Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung sowie Arbeitslosengeld) wurde das vorliegende Abkommen zwar in formaler Hinsicht an die in jüngster Zeit geschlossenen neuen Abkommen angepaßt, in materiell-rechtlicher Hinsicht entspricht es aber im wesentlichen den Regelungen des bisherigen Abkommens.

In diesem Zusammenhang ist hinsichtlich der Ausweitung des persönlichen Geltungsbereiches des Abkommens zu berücksichtigen, daß sich dieser bereits bisher auf alle Staatsangehörigen der Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawien bezogen hat und sich daher aus dieser Ausweitung mangels Fluktuation anderer Staatsangehöriger zwischen den beiden Vertragsstaaten im Bereich der Pensionsversicherung praktisch keine finanziellen Auswirkungen ergeben werden.

Darüber hinaus ist im vorliegenden Abkommen wie bereits im Verhältnis zu anderen Vertragsstaaten die Berechnung der österreichischen Pensionen in allen Fällen ausschließlich auf der Grundlage der österreichischen Versicherungszeiten ("Direktberechnung") vorgesehen. Diese Direktberechnung, die in Fällen, in denen allein auf Grund der österreichischen Versicherungszeiten ein Leistungsanspruch besteht, auf Grund des Inkrafttretens des EG-Rechts bereits seit 1. Jänner 1994 angewendet wird, dient in erster Linie einer wesentlichen Verwaltungsvereinfachung, hat insbesondere aber auch der nicht unwesentlichen Erhöhung der österreichischen Teilpensionen im Rahmen der "pro-rata-temporis-Berechnung" bei Vorliegen von Kindererziehungszeiten Rechnung getragen. Die sich aus der Direktberechnung in diesen Fällen ergebenden Einsparungen wurden bereits ab 1. September 1996 durch die neue Gesamtbemessungsgrundlage (§ 240 ASVG in der Fassung des Strukturanpassungsgesetzes 1996, BGBl. Nr. 201/1996) vorweggenommen. Gleichzeitig wurde durch das Strukturanpassungsgesetz 1996 die sich aus der Direktberechnung auf Grund der unterschiedlichen Steigerungsbeträge ergebende geringfügige Erhöhung bei Vorliegen von mehr als 30 Versicherungsjahren von bisher maximal 4,05% auf maximal 1,55% der nunmehr in der Regel niedrigeren Gesamtbemessungsgrundlage reduziert (ohne Verminderung oder Erhöhung auf Grund vorzeitiger oder späterer Inanspruchnahme der Leistung).

Insgesamt wird sich aus der Durchführung des neuen Abkommens daher gegenüber der Rechtslage vor der Kündigung des bisherigen Abkommens weder eine Vermehrung des Personalaufwandes noch ein finanzieller Mehraufwand (Beitrag des Bundes zu den einzelnen Zweigen der Pensionsversicherung) ergeben.

#### Besonderer Teil

Die einzelnen Bestimmungen des vorliegenden neuen Abkommens entsprechen im wesentlichen dem bisherigen Abkommen, wurden aber in formaler Hinsicht an die anderen von Österreich in den letzten Jahren geschlossenen Abkommen über soziale Sicherheit angepaßt. Gleichzeitig wurden die einzelnen Regelungen des bisherigen Schlußprotokolls zu den entsprechenden Bestimmungen des Abkommens aufgenommen. Im folgenden werden die Bestimmungen des neuen Abkommens mit den entsprechenden Bestimmungen des bisherigen Abkommens gegenübergestellt, gleichzeitig wird auf die wesentlichsten Unterschiede hingewiesen, hinsichtlich der formalen Neugestaltung insbesondere auf die bisherigen Abkommen mit Kroatien und Slowenien (BGBl. Nr. 589/1993 und 594/1994).

#### Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 = Art. 1 (Begriffsbestimmungen).

Art. 2 = Art. 2 (sachlicher Geltungsbereich):

Unter Berücksichtigung der Kündigung des bisherigen Abkommens enthält das neue Abkommen keine Regelungen mehr betreffend den Bereich der Familienbeihilfen.

Art. 3 = Art. 3 (persönlicher Geltungsbereich):

Wie bereits einleitend darauf hingewiesen wurde, war das bisherige Abkommen auf die Staatsangehörigen aller früheren sechs Teilrepubliken des früheren Jugoslawien anzuwenden. Daher ist die Anwendung des Abkommens wie im Großteil der anderen von Österreich geschlossenen Abkommen im persönlichen Geltungsbereich nicht beschränkt.

Art. 4 = Art. 4 und Z 3 des Schlußprotokolls (Gleichbehandlung der Staatsangehörigen).

Art. 5 = Art. 5 und Z 4 des Schlußprotokolls (Gebietsgleichstellung).

### **Bestimmungen über die anzuwendenden Rechtsvorschriften**

Art. 6 = Art. 6 (Territorialitätsprinzip):

Die neue Bestimmung des Abs. 2 betreffend die generelle Zuordnung der Beamten zum Herkunftsstaat entspricht der diesbezüglichen EG-Regelung [Art. 13 Abs. 2 lit. d der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71].

Art. 7 = Art. 8 (Ausnahmen).

Art. 8 = Art. 8a (diplomatisches Personal):

Die Bestimmung wird in formaler Hinsicht an die EG-Regelungen [Art. 16 Abs. 1 und 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71] angepaßt.

Art. 9 = Art. 9 (Ausnahmevereinbarungen).

### **Krankheit und Mutterschaft**

Art. 10 = Art. 10 (Zusammenrechnung der Versicherungszeiten).

Art. 11 = Art. 12 Abs. 1 bis 4 und 6, Art. 13 und Z 6 des Schlußprotokolls (aushilfsweise Sachleistungsgewährung):

In formaler Hinsicht wurden die Bestimmungen betreffend die aushilfsweise Sachleistungsgewährung während eines vorübergehenden Aufenthaltes oder bei Wohnort im anderen Vertragsstaat in einem Artikel zusammengefaßt und an die EG-Regelungen [Art. 22 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71] angepaßt.

Art. 12 = Art. 12 Abs. 5 (Geldleistungen).

Art. 13 = Art. 14 (Krankenversicherung der Pensionisten):

Die formale Neufassung dient einer sprachlichen Verbesserung.

Art. 14 = Art. 15 (aushelfender Träger).

Art. 15 = Art. 16 und Z 8 des Schlußprotokolls (Kostenerstattung).

### **Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten**

Art. 16 = Art. 24 (aushilfsweise Sachleistungsgewährung).

Art. 17 = – (Berufskrankheiten):

Die in diesem Artikel vorgesehenen ergänzenden Regelungen betreffend die Entschädigung von Berufskrankheiten stellen international übliche Bestimmungen dar und waren auch bereits in die bisherigen Abkommen mit Kroatien und Slowenien (jeweils Art. 17) aufgenommen worden.

Art. 18 = Art. 23 (Entschädigung von Berufskrankheiten):

Die Regelungen betreffend die Entschädigung von Berufskrankheiten bei Ausübung von Expositionszeiten in beiden Vertragsstaaten sowie bei einer Verschlimmerung wurden in formaler Hinsicht an die entsprechenden Bestimmungen in den anderen von Österreich geschlossenen Abkommen angepaßt, wie dies auch bereits in den bisherigen Abkommen mit Kroatien und Slowenien (jeweils Art. 18) der Fall war.

### **Alter, Invalidität und Tod (Pensionen)**

Art. 19 = Art. 18 Abs. 1 und 2 sowie Z 10 lit. A/2/a des Schlußprotokolls (Zusammenrechnung der Versicherungszeiten):

Ergänzend zu den bisherigen generellen Bestimmungen (Abs. 1 und 2) sieht Abs. 3 eine ergänzende bilaterale Bestimmung betreffend neutrale Zeiten vor, die bisher nur unilateral für die österreichische Seite vorgesehen war (Z 10 lit. A/2/a des Schlußprotokolls). Darüber hinaus sieht Abs. 4 eine ergänzende unilaterale mazedonische Regelung betreffend die Gleichstellung leistungsrelevanter Tatbestände vor.

Art. 20 = Art. 18 Abs. 3 (Mindestversicherungszeit).

Art. 21 = Art. 19 Abs. 2 und Art. 21 (Feststellung der Leistungen):

Abs. 1 trägt dem im EG-Recht im Bereich der Pensionsversicherung innewohnenden Grundsatz Rechnung, nach dem innerstaatlich gebührende Leistungsansprüche durch zwischenstaatliche Regelungen nicht gemindert werden dürfen und der auch bereits in die bisherigen Abkommen mit Kroatien und Slowenien (jeweils Art. 20 Abs. 1 lit. e) aufgenommen worden war.

Abs. 2 sieht die Berechnung der Leistungen nach Art. 22 (für die österreichische Seite) bzw. Art. 23 (für die mazedonische Seite) vor, wenn der Leistungsanspruch nur unter Zusammenrechnung der beiderseitigen Versicherungszeiten besteht.

Art. 22 = Art. 19 Abs. 3 und Z 10 lit. A des Schlußprotokolls (Berechnung der österreichischen Teilleistungen):

Auch in den zwischenstaatlichen Fällen, in denen der Leistungsanspruch nur unter Berücksichtigung der mazedonischen Versicherungszeiten besteht, ist die Berechnung der österreichischen Leistungen ausschließlich auf Grund der österreichischen Versicherungszeiten ("Direktberechnung") anstelle der bisherigen Berechnung im Zeitenverhältnis ("pro-rata-temporis-Berechnung") vorgesehen. Diese einer wesentlichen Vereinfachung der Pensionsberechnung dienende Direktberechnung entspricht wörtlich den bereits im Verhältnis zu anderen Vertragsstaaten getroffenen Regelungen (zB Art. 11 der Abkommen mit Kanada und den USA in der Fassung der Zusatzabkommen vom 12. September 1995 bzw. 5. Oktober 1995, BGBl. Nr. 570/1996 bzw. 779/1996).

Art. 23 = Art. 19 Abs. 3 (Berechnung der mazedonischen Teilleistungen).

#### **Arbeitslosigkeit**

Art. 24 = Art. 25 Abs. 1 und 2 (Zusammenrechnung der Versicherungszeiten).

Art. 25 = Art. 25 Abs. 3 (Bezugsdauer).

#### **Verschiedene Bestimmungen**

Ohne wesentliche materiellrechtliche Änderungen wurden die Art. 26 bis 34 insbesondere in formaler Hinsicht an die diesbezüglich bereits in den bisherigen Abkommen mit Kroatien und Slowenien getroffenen Regelungen (jeweils Art. 31 bis 39) angepaßt:

Art. 26 Abs. 1 = Art. 35 Abs. 1 erster Satz (Durchführungsvereinbarung).

Art. 26 Abs. 2 = Art. 35 Abs. 2 (Rechtsänderungen).

Art. 26 Abs. 3 = Art. 35 Abs. 3 (Amtshilfe).

Art. 26 Abs. 4 = – (Direktverkehr).

Art. 26 Abs. 5 = Art. 40 (Amtssprachen).

Art. 26 Abs. 6 = Art. 36 (ärztliche Untersuchungen).

Art. 26 Abs. 7 = – (gerichtliche Rechtshilfe).

Art. 27 = Art. 35 Abs. 1 zweiter Satz (Verbindungsstellen).

Art. 28 = Art. 39 (Gebührenbefreiungen).

Art. 29 = Art. 41 (Antragsgleichstellung).

Art. 30 = Art. 42 (Zahlungsverkehr).

Art. 31 = Art. 37 und 37a (Vollstreckungshilfe).

Art. 32 = Art. 44 (Verrechnung von Vorschüssen).

Art. 33 = Art. 38 (Übergang von Schadenersatzansprüchen).

Art. 34 = Art. 43 (Streitbeilegung).

#### **Übergangs- und Schlußbestimmungen**

Art. 35 = Art. 45 (Übergangsbestimmungen).

Art. 36 = Art. 33 und 34 sowie Z 14 und 15 des Schlußprotokolls (Versicherungslastregelungen).

Art. 37 = Art. 46 und 47 (Inkrafttreten):

Die Kündigung des bisherigen Abkommens ist ausschließlich zur Sicherstellung des Entfalls der Zahlung von österreichischen Familienbeihilfen für Kinder in Mazedonien erfolgt. Zur Wahrung der Rechte der vom bisherigen Abkommen erfaßten Berechtigten in den anderen Bereichen sieht Abs. 3

## 769 der Beilagen

39

daher für diesen Personenkreis eine rückwirkende Anwendung des Abkommens unmittelbar im Anschluß an das Außerkrafttreten des bisherigen Abkommens vor.

Art. 38 = Art. 48 und 49 (Außerkrafttreten).